

MANFRED ALEXANDER, *Die Politik der Weimarer Republik gegenüber den deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa, 1918-1926*, in «Annali dell'Istituto storico italo-germanico in Trento», 4 (1978), pp. 341-367.

Url: <https://heyjoe.fbk.eu/index.php/anisig>

Questo articolo è stato digitalizzato dal progetto ASTRA - *Archivio della storiografia trentina*, grazie al finanziamento della Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA è un progetto della Biblioteca Fondazione Bruno Kessler, in collaborazione con Accademia roveretana degli Agiati, Fondazione Museo Storico del Trentino, Istituto storico italo-germanico/FBK, Museo storico italiano della guerra (Rovereto), Società di studi trentini di scienze storiche. ASTRA rende disponibili le versioni elettroniche delle maggiori riviste storiche del Trentino, all'interno del portale [HeyJoe](#) - History, Religion and Philosophy Journals Online Access.

This article has been digitised within the project ASTRA - *Archivio della Storiografia Trentina* through the generous support of Fondazione Caritro (Bando Archivi 2021). ASTRA is a Bruno Kessler Foundation Library project, run jointly with Accademia roveretana degli Agiati, Fondazione Museo Storico del Trentino, Italian-German Historical Institute/FBK, the Italian War History Museum (Rovereto), and Società di studi trentini di scienze storiche. ASTRA aims to make the most important journals of (and on) the Trentino area available in a free-to-access online space on the [HeyJoe](#) - History, Religion and Philosophy Journals Online Access platform.

Nota copyright

Tutto il materiale contenuto nel sito [HeyJoe](#), compreso il presente PDF, è rilasciato sotto licenza [Creative Commons](#) Attribuzione–Non commerciale–Non opere derivate 4.0 Internazionale. Pertanto è possibile liberamente scaricare, stampare, fotocopiare e distribuire questo articolo e gli altri presenti nel sito, purché si attribuisca in maniera corretta la paternità dell’opera, non la si utilizzi per fini commerciali e non la si trasformi o modifichi.

Copyright notice

All materials on the [HeyJoe](#) website, including the present PDF file, are made available under a [Creative Commons](#) Attribution–NonCommercial–NoDerivatives 4.0 International License. You are free to download, print, copy, and share this file and any other on this website, as long as you give appropriate credit. You may not use this material for commercial purposes. If you remix, transform, or build upon the material, you may not distribute the modified material.



Die Politik der Weimarer Republik gegenüber den deutschen Minderheiten in Ostmitteleuropa, 1918-1926

von Manfred Alexander

Die Behandlung des Themas im vorgegebenen Rahmen¹ bedarf einiger Vorbemerkungen. Zunächst können hier keineswegs alle deutschen Minderheiten berücksichtigt werden, die in der Zwischenkriegszeit außerhalb des deutschen Reichsgebietes gewohnt haben, weil sonst die Ausführungen zu umfangreich würden. Aus der großen Zahl europäischer Staaten, die deutschsprachige Minderheiten auf ihrem Staatsgebiet hatten², sollen hier zwei herausgehoben werden, die gewissermaßen als Beispiele für zwei Verhaltensformen des Deutschen Reiches gegenüber Auslandsdeutschen dienen sollen, nämlich Polen und die Tschechoslowakei. Zweitens soll die offizielle Politik Deutschlands im Vordergrund stehen, also die Behandlung der Minderheiten auf der politischen und der diplomatischen Ebene; daneben gilt es, die inoffizielle Politik der Deutschtumpflege zu berücksichtigen, soweit sie hier nicht Gegenstand eigener Darstellung ist³. Gerade in der komparativen Behandlung von Polen und der Tschechoslowakei läßt sich m.E. am Grundmuster der deutschen Politik aufzeigen, daß von einer Kontinuität der Politik der Weimarer Republik mit jener des nationalsozialistischen Deutschlands nur unter ganz bestimmten Gesichtspunkten gesprochen werden kann.

¹ Die Ausführungen sind aus einem Vortrag vom 10. Juni 1978 im Italienisch-deutschen Historischen Institut in Trient erwachsen.

² Deutsche Minderheiten gab es in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Polen, der Tschechoslowakei, Litauen, Lettland, Estland, der Sowjetunion, Rumänien, Ungarn, Jugoslawien und Italien. Allgemein zum europäischen Minderheitenproblem: H. BATOWSKI, *Problem mniejszości narodowych w Europie w przededniu II wojny światowej* (Das Problem der nationalen Minderheiten in Europa am Vorabend des 2. Weltkrieges), in «Kwartalnik Historyczny», LXXVII, 1970, 3, S. 629-640.

³ Vgl. den Beitrag von Rudolf Jaworski auf der in Anmerkung 1 genannten Tagung; R. JAWORSKI, *Vorposten oder Minderheit? Der sudetendeutsche Volkstumskampf in den Beziehungen zwischen der Weimarer Republik und der CSR*, Stuttgart 1977; N. KREKELER, *Revisionsanspruch und geheime deutsche Ostpolitik der Weimarer Republik. Die Subventionierung der deutschen Minderheit in Polen 1919-1933* (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 27), Stuttgart 1973.

1. Der internationale Kontext

Ausgangspunkt der Betrachtung ist die europäische Ordnung zu Ende des ersten Weltkrieges und die Festschreibung der Grenzen in Europa in den Friedensverträgen von Paris. Die einfachste und wichtigste Untergliederung der Staaten Europas vor diesem Hintergrund ist die Feststellung von zwei Gruppen: die siegreichen Staaten auf der einen Seite und die unterlegenen Staaten auf der anderen Seite, zu denen im vorliegenden Fragezusammenhang Deutschland, Österreich und Ungarn gehören⁴. Die Zugehörigkeit zur Gruppe der Sieger oder der Verlierer bedingte auch die Möglichkeiten der Politik der jeweiligen Staaten. Auf der Seite der Siegerstaaten finden wir Frankreich in vorderster Linie, das nach den Erfahrungen des Weltkrieges ein großes Sicherheitsbedürfnis hatte. Frankreich hatte innerhalb einer Generation zweimal die Besetzung durch deutsche Truppen erfahren; es fürchtete darum ein erneutes Erstarken Deutschlands nach der Niederlage von 1918, und es fürchtete insbesondere das deutsche Wirtschafts- und Bevölkerungspotential. Dieser Gefahr gegenüber suchte Frankreich ein System der Sicherheit in Europa aufzurichten, das jene Staaten umfassen sollte, die gleichfalls ein Wiedererstarken Deutschlands befürchteten⁵. Frankreich konnte sich zunächst bei Kriegsende auf die Allianz mit Großbritannien und den USA stützen, und konkret hatten in Versailles diese beiden Staaten das Versprechen gegeben, die Sicherheit Frankreichs auch weiterhin zu garantieren und Frankreichs territoriale Integrität gegen einen möglichen zukünftigen Angriff Deutschlands zu schützen⁶. Dieses Garantieverprechen war die Bedingung dafür gewesen, daß die französische Regierung Pläne aufgab, die etwa mit dem Namen des Marschalls Foch zu personalisieren sind: also die Abtretung des Rheinlandes und die Gewinnung der Rheingrenze für Frankreich, die Teilung des Reichsgebietes etwa auf der Mainlinie oder die Zerstückung Deutschlands in eine Reihe von Kleinstaaten. Dieses Garantieverprechen wurde aber von den USA aufgekündigt, als Wilson mit der Ratifizierung der Friedensverträge am 19. März 1920 im Kongreß scheiter-

⁴ Diese Einschränkung des Themas schließt eine Reihe komplizierter Probleme aus, etwa das Sowjetrußlands oder das Italiens.

⁵ Ausführlich dazu K. Hovi, "Cordon sanitaire" or "Barrière de l'Est". *The Emergence of the New French Eastern European Alliance Policy, 1917-1919* (Annales Universitatis Turkuensis Serie B), Turku 1975.

⁶ Das Garantieangebot vom 14. März 1919, s. K. Hovi, "Cordon sanitaire", cit., S. 181.

te; Großbritannien widersetzte sich daraufhin einer formalen Garantierklärung, weil es sein Hilfsversprechen an die Zusage der USA gekoppelt hatte.

Als Konsequenz dieser Erfahrung und im Bewußtsein einer mangelnden Absicherung im internationalen Bereich setzte Frankreich nun verstärkt auf die neuen oder wiederbegründeten Staaten in Ostmitteleuropa, insbesondere auf Polen und die Tschechoslowakei. Diese Staaten konnten jedoch aufgrund ihrer inneren Struktur nicht zu Garanten der französischen Sicherheit werden, aber in einer gemeinsamen Allianz mit Frankreich schienen sie geeignet, Deutschland zur Einhaltung der Friedensbedingungen von Versailles zu zwingen. Die Hilfe Frankreichs beim Aufbau der polnischen und der tschechoslowakischen Armee, die Präsenz einer starken französischen Militärvertretung und ein — nominell — gemeinsames Oberkommando unter Marschall Foch banden die Verbündeten zusammen⁷. Kompliziert wird dieses System aber einmal durch die Rivalität der beiden Verbündeten Polen und Tschechoslowakei untereinander⁸ und zum anderen durch den Faktor Sowjetrußland. Rußland war seit 1892/94 ein Verbündeter Frankreichs gegen Deutschland gewesen, war aber durch seine Niederlage und durch die Oktoberrevolution aus dem Kreis der kalkulierbaren Staaten Europas zunächst ausgeschieden. Somit erhielten die neuen Staaten in Ostmitteleuropa in französischer Sicht eine Doppelfunktion, die sich in den Schlagworten widerspiegelt: *barrière de l'Est* — ein Schutzwall im Osten gegen ein Ausgreifen Deutschlands über die in Versailles gezogenen Grenzen hinaus — und *cordon sanitaire* — eine Zwischenzone, die das weitere Vordringen des Bolschewismus aus Rußland nach Mitteleuropa verhindern sollte.

Für Deutschland als Verliererstaat ist der Versailler Vertrag eine

⁷ P.S. WANDYCZ, *France and Her Eastern Allies. French-Czechoslovak-Polish Relations From the Paris Peace Conference to Locarno*, Minneapolis (Minn.) 1962; J. KUKULKA, *Francja a Polska po traktacie wersalskim 1919-1921* (Frankreich und Polen nach dem Vertrag von Versailles. 1919-1921), Warszawa 1970; J. CIAŁOWICZ, *Polsko-francuski sojusz wojskowy. 1921-1939* (Das polnisch-französische Militärbündnis. 1921-1939), Warszawa 1970.

⁸ Eine Übersicht über die Literatur und eine kritische Bewertung; J. KOZĘŃSKI, *Die Historiographie der polnisch-tschechoslowakischen Beziehungen 1918-1945*, in *Osteuropa in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Günther Stökl zum 60. Geburtstag*, herausgegeben von H. LEMBERG - P. NITSCHKE - E. OBERLÄNDER unter Mitwirkung von M. ALEXANDER - H. HECKER, Köln-Wien 1977, S. 392-407.

drückende Last gewesen, nicht nur in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen der hohen Zahlungen und Güterlieferungen, sondern auch in psychologischer Hinsicht. Die propagandistische Behandlung der Kriegsschuldthese — im Artikel 231 des Versailler Vertrages eher nebenbei zur Begründung der Reparationsforderungen vorgebracht — und der territorialen Verluste füllt ganze Bibliotheken. Dabei wurden die Abtretungen an Frankreich (Elsaß-Lothringen), an Belgien (Eupen-Malmedy) und an die Niederlande zwar hoch bewertet, standen aber im Schatten der publizistischen Entrüstung, die über die Gebietsabtretungen an Polen geäußert wurde. Polen wurde dadurch zum Hauptziel der deutschen Forderung nach einer territorialen Revision des Versailler Vertrages und damit zum Hauptgegner der deutschen Außenpolitik. Es geht nun im vorliegenden Fragezusammenhang nicht darum, die Gründe und das Ausmaß der Abtretungen in Posen, Westpreußen, Danzig und Oberschlesien auszuführen, sondern nur um die Feststellung, daß in diesen abgetretenen Territorien ehemalige reichsdeutsche Staatsbürger deutscher Sprache wohnten⁹. Im Falle Polen verquickte sich die deutsche Politik gegenüber den deutschen Minderheiten in anderen Staaten folglich mit dem Problem, die in Versailles gezogenen Grenzen zu revidieren. Die verständliche Politik, ehemalige Staatsbürger besonders zu betreuen, erhielt im Falle Polen den zusätzlichen Akzent, diese Menschen als Pfand für die Forderung nach einer Rückgewinnung der verlorenen Gebiete zu betrachten, sie gewissermaßen als Instrument der deutschen Außenpolitik zu benützen.

Im zweiten Beispiel, den Deutschen in der Tschechoslowakei, handelt es sich um eine deutsche Minderheit, die niemals zum deutschen Reich gehört hatte¹⁰. Die Politik gegenüber deutschen Minderheiten im Ausland, allgemein Volkstumpolitik genannt, gehört hier in eine andere Kategorie, die prinzipiell auch die deutschen Sprachinseln z.B. in Rumänien und Ungarn betraf. Charakteristisch für Ostmitteleuropa und für ganz Osteuropa ist die ethnische Mischsiedlung über Jahrhunderte hinweg. Es gab keinen Staat in Osteuropa, der eine national homogene Bevölkerung hatte, eine Feststellung, die nach den schrecklichen Kriegsergebnissen heute nur für Polen anders geworden ist. Dieser ethni-

⁹ Diese Unterscheidung ist nötige, weil es auch ehemalige deutschen Staatsbürger polnischer Sprache gab, die in der neuen polnischen Republik ihre ersehnte Heimat sahen.

¹⁰ Diese Feststellung bezieht sich auf das Deutsche Reich nach 1871 und läßt die gemeinsame staatliche Tradition bis 1804 außer Betracht.

schen Grundlage der Staaten widersprach aber die Theorie des Nationalstaates, die von den Führern der Mehrheitsvölker ebenso selbstverständlich und aggressiv vertreten wurde, wie im 19. Jahrhundert von Italienern und Deutschen. Dem entsprach auch eine Mentalität, den errungenen Staat als Nationalstaat zu betrachten und in den neuen Grenzen innerlich zu vereinheitlichen. Es entstand also ein Spannungsverhältnis zwischen dem Anspruch, ein Nationalstaat zu sein, und der Wirklichkeit, viele verschiedene Nationalitäten in den Staat integrieren zu müssen.

Diese Integration oder auch Nichtintegration (als Euphemismus für Unterdrückung) kann hier nun nicht für die einzelnen Staaten behandelt werden; wichtig ist jedoch die Feststellung, daß im Minderheitenschutzvertrag als Bestandteil des Pariser Vertragssystems die Minderheiten in den neugeschaffenen Nationalstaaten Ostmitteleuropas bestimmte politische Rechte erhielten¹¹. Dies betraf die politischen Rechte sofern und nur sofern es sich um Persönlichkeitsrechte handelte; das heißt, Menschen verschiedener Sprachen erhielten dieselben politischen Rechte (Freiheitsrechte, Wahlrecht, Recht auf die Schulausbildung, auf die Vetreterung vor Gericht usw.), jedoch erhielten die verschiedenen ethnischen Gruppen als solche keine eigenen Rechte als Gruppen. Konkretisiert für die Tschechoslowakei bedeutete es also rechtlich keinen Unterschied, ob jemand tschechisch, slowakisch, deutsch, ungarisch, polnisch, ruthenisch oder einen Zigeunerndialekt sprach, soweit es sich um seine politischen Rechte als Individuum handelte; aber es gab keine Rechte, die jemand z.B. als Deutscher oder als Ungar besaß, keine Volksgruppenrechte und keine Anerkennung der verschiedenen Nationalitäten des Staates als Rechtssubjekte¹². Dieses Problem wurde für die Tschechoslowakei besonders sichtbar, als sich die Deutschen dort

¹¹ E. VIEFHAUS, *Die Minderheitenfrage und die Entstehung der Minderheitenschutzverträge auf der Pariser Friedenskonferenz 1919. Eine Studie zur Geschichte des Nationalitätenproblems im 19. und 20. Jahrhundert* (Marburger Ostforschungen, 11), Würzburg 1960.

¹² *De facto* bedeutete dies für viele Angehörigen der Minderheiten, die tschechische Sprache erlernen zu müssen, um mit den staatlichen Ämtern verkehren zu können. Nur in solchen Gerichtsbezirken, wo eine Minderheit 20% der Bevölkerung ausmachte, war die Sprache der Minderheit vor Gericht zugelassen. Die Problematik der Sprachengesetze näher erläutert: M. ALEXANDER, *Die "Burg" und die Deutschen*, in *Die "Burg": Einflußreiche politische Kräfte um Masaryk und Beneš*, Bd. 2., hrsg. K. BOSL, München-Wien 1974, S. 59-77.

in ihrer großen Mehrheit in der Sudetendeutschen Heimatfront und dann in der Sudetendeutschen Partei zusammenschlossen.

International waren die Minderheitenschutzgesetze in den Völkerbund eingebettet und dort auch einklagbar, sofern sich ein anderes Mitglied des Völkerbundes dieser Klage annahm. Der Völkerbund war mit dem Anspruch gegründet worden, daß auf der internationalen Ebene die Konflikte in einer Art Parlament ausgetragen werden könnten, so wie sie innerstaatlich im Parlament geregelt werden sollten. Die Gründer des Völkerbundes hatten die schöne Illusion gehabt, daß allen Staaten auf der internationalen Ebene ihre Rechte auf die gleiche Weise zu sichern seien wie den Individuen innerhalb demokratisch regierter Staaten. Wie in einem Staat ein körperlich großer Mensch einen kleinen nicht ungestraft in seinen Rechten kränken, nicht prügeln oder herumstoßen darf, so sollte im Völkerbund ein Rechtssystem geschaffen werden, in dem die Großmächte mit ihrer militärischen Stärke auf der einen Seite und die kleinen Völker mit ihrem Willen, ihr Leben auf ihre Weise zu gestalten, auf der anderen friedlich miteinander auskommen sollten¹³. Wir wissen heute, daß dies eine schöne Illusion gewesen ist und wohl auch bleiben wird.

Als Fazit kann festgehalten werden, daß im Falle der Tschechoslowakei die deutsche Minderheit im Staat eine Minderheit unter anderen war, der gegenüber sich das Deutsche Reich prinzipiell ähnlich verhalten mußte wie die anderen Staaten, die dort ebenfalls Konnationale besaßen. Bezogen auf die deutsche Minderheit in Polen und in der Tschechoslowakei haben wir also einmal das Gegensatzpaar: ehemalige deutsche Staatsbürger deutscher Sprache und Volksdeutsche (Deutschsprachige, die niemals reichsdeutsche Staatsangehörige gewesen waren) sowie das Gegensatzpaar einer neuen Grenze, deren Revision angestrebt wird, und einer durch lange Tradition gefestigten Grenze¹⁴.

¹³ Zum Problem der großen und kleinen Völker: G. STÖKL, *Die kleinen Völker und die Geschichte*, in «Historische Zeitschrift», CCXII, 1971, 19-40; konkretisiert für die Tschechoslowakei: M. ALEXANDER, *Das Scheitern von Benešs Vermittlungsdiplomatie im Frühjahr 1924. Über die Probleme der Außenpolitik eines kleinen Staates*, in «Bohemia. Jahrbuch des Collegium Carolinum», XVII, München-Wien 1976, 209-239.

¹⁴ Die Ausflußbestrebungen der deutsch-böhmischen Politiker 1918/19 und die Probleme einer Grenzrevision zwischen der CSR und der Weimarer Republik bleiben hier außer Betracht. Vgl. dazu die pointierte Darstellung: H. HAAS, *Die deutsch-böhmische Frage 1918-1919 und das österreichisch-tschechoslowakische Verhältnis*. Teil 1, in «Bohemia», XIII, 1972, 336-383; mit dem Charakter eines Handbuchs und umfangreicher Bibliographie: F. LEONCINI, *La questione dei Sudeti. 1918-1938*, Padua 1976; mit

2. Die deutsche Minderheit in Polen und in der Tschechoslowakei

Der polnischen Volkszählung von 1921 zufolge gab es damals in Polen 1.058.824 Deutsche; das entsprach 3,9% der Gesamtbevölkerung Polens in Höhe von rund 27 Millionen Einwohnern¹⁵. Damit stellten die Deutschen in Polen nur eine kleine Gruppe innerhalb der nationalen Minderheiten des Landes; denn die Ukrainer mit etwa 5 Millionen, die Juden mit mehr als 2 Millionen und selbst die Weißrussen mit über einer Million Menschen übertrafen die Zahl der Deutschen¹⁶. Aus der Tatsache, daß nach der offiziellen Statistik von 1921 nur 69,2% der Bevölkerung polnisch als Muttersprache sprach, erhellt, daß Polen ein Nationalitätenstaat war.

Die Gruppe der Deutschen gilt es aber weiter zu differenzieren, da es sich keineswegs um eine einheitliche und kompakt siedelnde Bevölkerung handelte. Als ehemalige Reichsdeutsche im engeren Sinne sind jene zu bezeichnen, die in der Zeit bis zum Ende des ersten Weltkrieges als Ansiedler in die bis dahin deutschen Provinzen gezogen waren, dort Landbesitz erworben oder Stellen in der Verwaltung und in der Wirtschaft bekleidet hatten. Diese Gruppe ist in der Nachkriegszeit durch freiwillige Abwanderung und durch die Option für die deutsche Staatsangehörigkeit, was dann zwischen 1922 und 1925 zu

Überbetonung des deutsch-tschechoslowakischen Gegensatzes: F. GREGORY CAMPBELL, *Confrontation in Central Europe. Weimar Germany and Czechoslovakia*, Chicago-London 1975.

¹⁵ Zahlen nach: A. SZEFER, *Mniejszość niemiecka w Polsce i w Czechosłowacji w latach 1933-1938* (Die deutsche Minderheit in Polen und in der Tschechoslowakei in den Jahren 1933-1938), Katowice-Kraków 1967, hier S. 33; A. POLONSKY, *Politics in Independent Poland. The Crisis of Constitutional Government*, Oxford 1972, S. 35 ff.; H. ROOS, *Geschichte der polnischen Nation. 1916-1960. Von der Staatsgründung im ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1964², S. 98; H. VON RIEKHOFF, *German-Polish Relations, 1918-1933*, Baltimore-London 1971, S. 390.

¹⁶ Die Zahlen sind wohl höher anzusetzen, als sie die offiziellen polnischen Statistiken ausweisen, da die Zählpraxis in den national noch wenig bewußten Ostgebieten Polens umstritten ist. So schwanken die Zahlen für die Ukrainer zwischen 3,8 Millionen in der polnischen Statistik und fast 8 Millionen in der Schätzung ukrainischer Nationalisten; vgl. A. POLONSKY, *Politics*, cit., S. 35; vgl. auch A. SZKLARSKA-LOHMANNOWA, *Stosunki narodowe w Europie środkowej i południowo-wschodniej w latach międzywojennych* (Die Nationalitätenverhältnisse in Mitteleuropa und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit), in *Irredenta niemiecka w Europie środkowej i południowo-wschodniej przed II wojną światową. Praca zbiorowa* (Die deutsche Irredenta in Mitteleuropa und Südosteuropa vor dem zweiten Weltkrieg. Sammelband), hrsg. von H. BATOWSKI, Katowice-Kraków 1971, S. 1-19.

ihrer Ausweisung führte, stark geschrumpft¹⁷. Im Bereich Posen z.B. lebten 1921 etwa 327.800 Deutsche, zehn Jahre später nur noch 193.000, so daß hier ein Abwanderungsverlust von ungefähr 134.000 Menschen zu verzeichnen ist¹⁸.

Neben diesen Deutschen, die für die reichsdeutsche Staatsangehörigkeit optierten, sind andere Volksdeutsche zu nennen, die als bodenständige Einwohner des Landes galten und die die polnische Staatsangehörigkeit angenommen hatten. Dazu zählten einerseits Großgrundbesitzer in den Gebieten Posen und Westpreußen, sowie Siedler und Kolonisten in Galizien und Stadtbewohner in Westpolen und Oberschlesien.

Als dritte Gruppe von Deutschen ist eine Besonderheit aufzuzeigen, die in der Literatur die Bezeichnung «schwebendes Volkstum» erhalten hat¹⁹. Dabei handelt es sich um die autochthone Bevölkerung Oberschlesiens und Südostpreußens, deren Angehörige als Muttersprache einen polnischen Dialekt sprachen (polnisch-schlesisch oder schlonsakisch, masurisch), jedoch die deutsche Sprache auf der Schule gelernt hatten und als Bildungssprache für sich anerkannten. Diese Menschen sind in der Regel als zweisprachig anzusehen; aber das Entscheidende war, daß sie sich als Deutsche bekannten, daß sie sich dem Deutschtum zugehörig fühlten, auch wenn sie die deutsche Sprache in Wort und Schrift zum Teil nur unzulänglich beherrschten²⁰. Diese Menschen

¹⁷ H. RIEKHOFF, *German-Polish Relations*, cit., Kap. III, S. 52-70.

¹⁸ *Irredenta*, cit., S. 18.

¹⁹ R. BECK, *Schwebendes Volkstum im Gesinnungswandel. Eine sozialpsychologische Untersuchung*, Stuttgart 1938; R. STANIEWICZ, *Mniejszość niemiecka we województwie Śląskim w latach 1922-1933* (Die deutsche Minderheit in der Wojewodschaft Schlesien in den Jahren 1922-1933), Katowice 1965; P. DOBROWOLSKI, *Ugrupowania i kierunki separatyczne na Górnym Śląsku i w Cieszyńskim w latach 1918-1939* (Separatistische Gruppierungen und Richtungen in Oberschlesien und Teschen in den Jahren 1918-1939), Warszawa-Kraków 1972.

²⁰ Als klassisches Beispiel dazu den Ausspruch einer Oberschlesierin: «Meine Mutter war eine Deutsche, aber sie hat auf der Schule nicht deutsch gelernt». Dieser allmähliche und freiwillige Wechsel der Sprache ist als Generationsproblem anzusehen. Als Beispiel für eine Familie aus Zabrze/Hindenburg: die vor 1870 geborenen Eltern waren einsprachig polnisch-schlesisch; ihre Kinder lernten in der Schule deutsch, sprachen zu Hause mit den Eltern den schlesisch-polnischen Ortsdialekt und untereinander deutsch; deren Kinder wechselten ins Deutsche über, beherrschten aber noch ausreichend den Ortsdialekt. Nach dem zweiten Weltkrieg gingen sie entweder in den Westen und wurden vollständig deutsch (z. T. mit Namenswechsel) oder blieben im

sind als Bewußtseinsdeutsche zu bezeichnen, die sich vom Polentum abgrenzten — sei es aus dem Lokalbewußtsein der Schlesier, sei es als Übernahme eines deutschgeprägten Überlegenheitsgefühls über die Polen oder wegen ihrer evangelischen Konfession in Südostpreußen. Diese Gruppe wurde und wird von den Polen mit dem Argument beansprucht, daß es es um Polen handelt, die einen polnischen Dialekt sprechen — ein linguistisch völlig einwandfreies Argument, das in der Nachfolge Henders die Volkszugehörigkeit objektiv festlegt; die Deutschen dagegen beanspruchten und beanspruchen diese Menschen mit der Begründung, daß sie je Deutsche sein wollten. Dieser Zwiespalt zwischen objektiver ethnischer Zugehörigkeit und bewußtseinsmäßiger Zugehörigkeit bestimmte das Leben vieler Oberschlesier in der Zwischenkriegszeit und bestimmt es in Resten z.T. noch heute ²¹.

Die Deutschen in Polen waren also keine einheitliche Gruppe. Zusätzlich zu der geschilderten Einteilung in drei Gruppen muß noch die soziale Schichtung berücksichtigt werden: die Großgrundbesitzer in Posen und Westpreußen, die Fabrikanten in Ostoberschlesien; die Arbeiter in Ostoberschlesien und in polnischen Städten und schließlich die in der Landwirtschaft, im Handel und anders selbständig Tätigen. Insgesamt war die wirtschaftliche Bedeutung der Deutschen höher anzusetzen, als es ihrem zahlenmäßigen Anteil an der Gesamtbevölkerung

Lande; in der Generation darauf verloren sich dann die Deutschkenntnisse. Von der schlesisch-polnischen Mundart ist das sogenannte «Wasserpölnisch» scharf zu trennen: ein in der Umgangssprache Oberschlesiens früher geläufiger Wechsel zwischen deutsch und polnisch in einem Satz oder der Verwendung deutscher Wörter mit polnischen grammatikalischen Endungen. Vgl. zum Gesamtproblem R. OLESCH, in «Zeitschrift für Ostforschung», 1979.

²¹ Ebenso etwa die Elsässer und Lothringer in Frankreich. Dieses Problem liegt auch dem zwischen der Volksrepublik Polen und der Bundesrepublik Deutschland ausgehandeltem Einvernehmen über die Auswanderung der Aussiedler (polnisch *przesiedleńcy* = Übersiedler) zugrunde; weiter kompliziert wird dies jedoch 1. durch das deutsche Staatsangehörigkeitsgesetz, das Abkömmlingen von ehemals reichsdeutschen Staatsbürgern oder anerkannten Volksdeutschen die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland garantiert, 2. durch die Familienzusammenführung (von deutscher Seite hervorgehoben) und 3. durch das Wohlstandsgefälle (von der polnischen Seite betont); wirtschaftlich motivierte Aussiedler werden von den Polen gern als «Volkswagendeutsche» apotrophiert. Eine Angabe von Zahlen ist aufgrund der geschilderten Verhältnisse unmöglich, weil der Fehlschluß zu vermeiden ist, daß etwa alle autochthonen Schlesier als «schwebendes Volkstum» zu bezeichnen seien; die Mehrheit dieser Menschen, insbesondere die Landbevölkerung und die Jugend, fühlt sich Polen näher als Deutschland.

rung Polens entsprach²². Als letzter Aspekt muß noch angeführt werden, daß die deutsche Bevölkerung Polens über das ganze Land zerstreut siedelte und untereinander kein Bewußtsein einer einheitlichen Bevölkerungsgruppe entwickeln konnte²³.

In vielen Punkten sind die Verhältnisse der Deutschen in der Tschechoslowakei ganz anders gewesen. Bei einer Gesamtbevölkerung des Staates von 13,4 Millionen Menschen im Jahre 1921 zählte die offizielle Statistik 3,123 Millionen Deutsche; das entsprach einem Bevölkerungsanteil von über 23%. Nimmt man hinzu, daß die offizielle Statistik Tschechen und Slowaken als einheitliche Nationalität zählte, die mit 8,76 Millionen Menschen 65% der Gesamtbevölkerung ausmachte, von denen aber die Slowaken mit etwa 2 Millionen abzuziehen wären, dann stellten die Tschechen mit etwa 6,7 Millionen Menschen ungefähr 50% der Gesamtbevölkerung²⁴. Das Schwergewicht der deutschen Bevölkerung lag in Böhmen, wo die Deutschen mit 2,17 Millionen im Verhältnis zu den Tschechen etwa ein Drittel der Bevölkerung stellten. Wie ein Kranz zog sich das deutsche Siedlungsgebiet um das tschechische Sprachgebiet herum und nahm — schaut man sich die Sprachenkarte Ostmitteleuropas insgesamt an — die Tschechen gewissermaßen in die Klammer. Diese kompakte deutsche Besiedlung in Böhmen ist sehr alt und reicht bis ins Mittelalter zurück²⁵; daneben sind zahlreiche deutsche Sprachinseln an den Rändern und im Binnenland aufzufinden. Bewußtseinsbildend sind nicht die Inseldeutschen in der Streusiedlung geworden, sondern die Deutschen im zusammenhängenden Siedlungsgebiet und in Prag.

Fast ein Jahrtausend lang haben Tschechen und Deutsche mit- und nebeneinander gelebt, sich manchmal auch bekämpft. Insgesamt überwiegen die Perioden des friedlichen Zusammenlebens, prägte friedliche Zu-

²² N. KREKELER, *Revisionsanspruch*, cit., S. 119.

²³ Eine Karte dazu, s. *Irredenta*, cit., S. 119. Seit dem Verbot des «Deutschtumsbundes» im Jahre 1923 hatten die Deutschen in Polen keine einheitliche Vertretung mehr. Zu den Organisationen vgl. N. KREKELER, *Revisionsanspruch*, cit., S. 24-29; A. SZEFER, *Mniejszość*, cit., S. 37-49.

²⁴ Die Zahlen nach *A History of the Czechoslovak Republic. 1918-1948*, ed. by S. MAMATEY - R. LUŽA, Princeton (N.J.) 1973, S. 40; Der Ansatz der Zahl der Slowaken muß Schätzung bleiben; slowakische Autoren tendieren zu höheren Angaben, vgl. zuletzt: J. MIKUS, *Slovakia and the Slovaks*, Washington (D.C.) 1977, S. 8.

²⁵ Zum Gesamtproblem: *Handbuch der böhmischen Länder*, hrsg. von K. BOSL, 4 Bände, Stuttgart 1966-1970.

sammenarbeit im Handel, in der Wirtschaft und in der Kultur das Bild. Es gibt z.B. eine alte Tradition in Böhmen, daß man die Kinder in Familien der jeweils anderen Sprache gab, wo sie während eines Jahres die Sprache der anderen erlernten; «auf Handel gehen» war die Bezeichnung für diese Erscheinung²⁶. Politisch wichtiger ist indes das Gegeneinander von Deutschen und Tschechen geworden, das seit der Mitte des 19. Jahrhunderts immer fühlbarer wurde und in der Abgrenzung voneinander am Ende des ersten Weltkrieges den ersten Höhepunkt sah, dann schließlich in der Vertreibung der Deutschen nach dem zweiten Weltkrieg gipfelte²⁷. Der Grund dafür ist das Erwachen des tschechischen Nationalbewußtseins und der legitime Wunsch der Tschechen, die Vorherrschaft der Deutschen in allen Bereichen des Lebens in der österreichischen Monarchie zu beenden. Das tschechische Volksbewußtsein und die tschechische Intelligenz entwickelten sich, indem sie sich von der deutschen Bevormundung lösten und dann gegen das deutsche Vorbild wandten. Als Beispiel dafür kann angeführt werden, daß ein tschechischer Wissenschaftler im 19. Jahrhundert gewöhnlich sein erstes Buch in deutscher Sprache schrieb, dieses dann in einer neuen Auflage in seine Muttersprache übersetzte und hinfort vornehmlich tschechisch publizierte²⁸.

Dieses kulturelle Gegeneinander fand seine Entsprechung im politischen Bereich. Die Deutschen beherrschten die böhmischen Länder wie auch die Gesamtmonarchie; die Beamtenschaft war entweder deutschsprachig oder mußte — auch wenn sie anderer Nationalität war — in deutscher Sprache amtieren²⁹. Das politische Selbstbewußtsein der

²⁶ Eine populär gehaltene Darstellung, die auf die positiven Seiten der Beziehungen abstellt: F. SEIBT, *Deutschland und die Tschechen. Geschichte einer Nachbarschaft in der Mitte Europas*, München 1974. Für die bewußtseinsbildende Wirkung dieses Sprachenlernens vgl. z. B. den ersten Führer der deutschböhmischen Sozialdemokratischen Partei: K. ZESSNER, *Josef Seliger und die nationale Frage in Böhmen. Eine Untersuchung über die nationale Politik der deutschböhmischen Sozialdemokratie 1899-1920*, Stuttgart 1976, S. 16.

²⁷ Mit Betonung der Gegensätze: E. WHISKEMANN, *Czechs and Germans. A Study of the Struggle in the Historic Provinces of Bohemia and Moravia*, Oxford 1938; London u.a. 1967²; die Darstellung des Endes aus tschechischer Sicht: R. LUŽA, *The Transfer of the Sudeten-Germans, 1933-1962*, New York-London 1964; aus der Sicht der Betroffenen: *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, Bd. IV, 1 und 2, Berlin 1957.

²⁸ So etwa Palacký und Masaryk.

²⁹ R. A. KANN, *Das Nationalitätenproblem der Habsburger Monarchie*, 2 Bde, Wien 1964; B. SUTTER, *Die Badenischen Sprachenverordnungen von 1897*, Wien 1960.

Tschechen entstand in der Abwehr dieser Überfremdung, und die Tschechen hatten gute Gründe, die Einführung des Mehrheitswahlrechtes und die Abschaffung des Übergewichts der Besitzenden in der Kurienverfassung zu fordern, weil die deutsche Vorherrschaft durch die Einführung demokratischer Verhältnisse beendet worden wäre³⁰. Aus dem Status einer bäuerlichen Landbevölkerung, die meist nur in Dienstleistungsberufen in den überwiegend deutschen Städten tätig war, stieg das Tschechentum im 19. Jahrhundert auf und entwickelte eine bürgerliche Gesellschaft mit einer großen inneren Differenzierung, die von den Intellektuellen an der Spitze über das wohlhabende Bürgertum bis zu den Bauern und Industriearbeitern an der Basis der sozialen Pyramide reichte. Die Deutschen sahen in diesem Prozeß, als sie ihn endlich erkannt hatten, eine ständig stärker wachsende Gefahr für ihre Stellung im Lande, ja eine Gefahr für ihr Volkstum überhaupt. Da man das Aufsteigen der Tschechen und die Bildung einer ausgeformten tschechischen Gesellschaft als Angriff auf das Deutschtum verstand, entwickelten sich Ablehnung und eine hohe Emotionalisierung, die in einem Akt der Selbsterstarrung endete³¹. Mit der Begründung der tschechoslowakischen Republik hatte sich das Verhältnis von Deutschen und Tschechen umgekehrt; während die Tschechen mit erstaunlicher Disziplin das gesamte Staatswesen übernahmen und bei der Besetzung des Landes auf keinen nennenswerten Widerstand stießen, sahen die politischen Führer der Deutschen darin den Beginn ihrer Unterdrückung durch die Tschechen³².

Die Einstellung zu den Deutschen jenseits der Grenze war ambivalent: einerseits sahen die Deutschböhmen in den «Reichsdeutschen» einen Rückhalt in ihrem vermeintlichen Volkstumskampf, andererseits schied die Grenze die alte österreichische Rechts- und Lebenssphäre³³ von den ungeliebten Preußen und Sachsen³⁴. War die alte Grenze Österreichs

³⁰ Durch Eingemeindungen der tschechisch besiedelten Vororte wurde nach 1918 z.B. aus der deutschen Kleinstadt Brünn die tschechische Großstadt Brno.

³¹ Dieser Prozeß für die deutschen Mittelschichten jetzt aufgezeigt bei JAWORSKI.

³² Auf älterer Literatur basierend J.K. HOENSCH, *Geschichte der Tschechoslowakischen Republik. 1918-1965*, Stuttgart u. a. 1966; neue und veränderte Ausgabe 1978.

³³ H. SLAPNICKA, *Der neue Staat und die bürokratische Kontinuität. Die Entwicklung der Verwaltung 1918-1938*, in *Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik*, hg. von K. BOSL, München-Wien 1975, S. 121-147.

³⁴ J. W. BRÜGEL, *Tschechen und Deutsche 1918-1938*, München 1967, S. 88.

auch eine administrative Grenze, die Menschen gleicher Sprache voneinander schied, so war sie zugleich eine alte Kultur- und Traditionsgrenze, die im Bewußtsein der Menschen auf beiden Seiten tief verankert war³⁵. So ist der Wunsch nach einem Anschluß an Deutschland 1918/19 zunächst eher aus der Ablehnung des Tscheschechenstaates und der Verlegenheit entstanden, die disparaten Teile des alten deutschsprachigen Österreichs irgendwo anzubinden³⁶; erst in späterer Zeit, unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise und des Nationalsozialismus in Deutschland, entstand eine «Heim-ins-Reich»-Bewegung, die fast alle Schichten der dann so genannten Sudetendeutschen umfaßte³⁷.

Im Unterschied zu Polen ist die Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei dadurch bestimmt, daß sie in ihrer großen Mehrheit in einem geschlossenen Siedlungsgebiet lebten, daß sie eine voll durchgegliederte Gesellschaft besaßen, die von Arbeitern und Bauern über den bürgerlichen Mittelstand, die bürgerliche Intelligenz bis zur Oberschicht des Adels reichte³⁸. Im politischen Bereich wies die deutsche Bevölkerung ein reiches Parteienspektrum auf, das im übrigen beinahe spiegelbildlich dem Parteienspektrum der Tschechen entsprach³⁹. Die politischen Führer waren im Kampf für die Behauptung der deutschen Vorrechte aufgewachsen und in den Parlamenten in Wien (Reichsrat) und in Prag (Landesvertretung) in den parlamentarischen Spielregeln und Kniffen geschult worden. Dem daraus erwachsenen Selbstbewußtsein der deutschen Parteiführer entsprach aber auf der anderen Seite eine tiefe Verunsicherung über ihre Lage, die sie durch eine ständige Defensive gegenüber dem vordringenden Tschechentum gekennzeichnet sahen. Kleinlicher Streit über kurzfristige oder aktuelle Fragen der Tagespolitik verdunkelte ihr Verständnis für die veränderte Situation in der neuen Republik und für die Möglichkeiten in einer freiheitlichen De-

³⁵ Der österreichische Schnürschuh und der preußische Soldatenstiefel seien als zwei populäre Symbole genannt.

³⁶ H. HAAS, *Die deutsch-böhmische Frage*, cit.; K. ZESSNER, *Josef Seliger*, cit.

³⁷ Als engagierte Stellungnahme eines deutschen Sozialdemokraten der Richtung Seliger-Czech vgl. das Werke von J. W. BRÜGEL, *Tschechen und Deutsche*, cit.

³⁸ Der großgrundbesitzende Adel war seit der sozialen Revolution nach der Schlacht am Weißen Berge 1620 überwiegend deutsch (entweder neu eingesetzt oder im Laufe der Zeit germanisiert); vgl. O. KOSTRBA-SKALITZY, *Die «Burg» und der Adel. Tradition und Revolution*, in *Die «Burg»*, cit., Bd. 2, S. 153-180.

³⁹ M. ALEXANDER, *Die «Burg»*, cit., S. 70; J. CHMELÁŘ, *Die politische Gliederung in der Tschechoslowakei*, Prag 1926.

mokratie, die ja auch für die Deutschen die erste war, die sie erleben durften⁴⁰. Das Verharren in starrer Fixierung auf die nationale Frage machte die Deutschen lange unfähig zum politischen Kompromiß, ließ sie in grundsätzlicher Opposition zum Staat und in Obstruktion verharren, unter gleichzeitigen Klagen über ihre eigene Hilflosigkeit dieser Situation gegenüber. Auf diese Weise haben die deutschböhmischen Politiker manches vom dem mitverschuldet, was sie an ihrer Lage so bitter und wortreich beklagt haben⁴¹.

3. Die Haltung der Weimarer Republik gegenüber den deutschen Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei

Die Politik der deutschen Regierungen gegenüber den Minderheiten orientierte sich daran, ob es sich um ehemalige deutsche Staatsangehörige oder solche Deutsche handelte, die niemals zum Reiche gehört hatten — allerdings aus anderen Motiven, als sie diese juristische Unterscheidung suggeriert. Im Verhältnis zu Polen betrachteten die deutschen Regierungen die Deutschen nicht ihres Deutschtums wegen als schutzbedürftig, sondern wegen der Überlegung, daß ein starkes Deutschtum in Polen den Anspruch auf eine Revision der Grenzen unterstreichen mußte. Nach dem Ende des ersten Weltkrieges ging es der Weimarer Republik darum, so wenig Gebiete wie möglich an Polen abzutreten. Im Vergleich mit den weitgehenden Vorstellungen Roman Dmowskis, Polen bis zur Oder auszudehnen⁴², war die tatsächliche Grenzziehung ein großer Erfolg für die Deutschen, die sich indes über jeden abgetretenen Quadratkilometer in Posen und Westpreußen

⁴⁰ In der breiten Literatur aus der Feder von Sudetendeutschen findet man sehr viel über tatsächliche und z.T. auch nur eingebildete Benachteiligungen durch die Tschechen, dagegen wird über die positiven Möglichkeiten nur selten nachgedacht.

⁴¹ R. JAWORSKI, *Vorposten*, cit.; vgl. bei K. ZESSNER, *Josef Seliger*, cit., den Bericht über die Demagogie Seligers, dem tschechischen Politiker Rašín das Wort in den Mund zu legen «Mit Rebellen verhandeln wir nicht», S. 121 ff. Es ist immer wieder erstaunlich festzustellen, daß die Deutschen in Polen und in der CSR sich einerseits den Slaven kulturell überlegen glaubten und andererseits so viel Angst vor einer Entnationalisierung hatten, als wenn sie in die Werbekraft ihrer eigenen Kultur kein Vertrauen gehabt hätten. Dabei hatte selbst Masaryk gesagt, daß die Kenntnis der deutschen Sprache den Tschechen tausend Türen öffne.

⁴² Die sogenannte «piastische» Konzeption Dmowskis, gegenüber der «jagiellonischen» Staatskonzeption Piłsudskis, vgl. H. Roos, *Geschichte der polnischen Nation*, cit., S. 52; G. RHODE, *Kleine Geschichte Polens*, Darmstadt 1965, S. 454 f., S. 462 ff.

gränten. Deutschland empfand die Abtretung der Städte mit ihrem großen deutschen Bevölkerungsanteil als Kränkung des Nationalprestiges, ohne darauf zu achten, daß die Städte Posen, Bromberg und Thorn, um nur diese zu nennen, wie Inseln in einem polnisch bewohnten Agrargebiet lagen. Anders war indes die Lage in Danzig, weil die rein deutsche Stadt aus wirtschaftlichen Überlegungen, und weil Wilson Polen einen freien Zugang zur Ostsee versprochen hatte, in einen von den Deutschen als demütigend empfundenen Sonderstatus unter Völkerbundsaufsicht überführt wurde. Auf Drängen Englands vor allem sind die weitergehenden polnischen Ansprüche nicht erfüllt worden, und Polen mußte sich damit abfinden, daß auch innerhalb der neuen Grenzen des Deutschen Reiches Polen verblieben⁴³.

In den hauptsächlich umstrittenen Gebieten Oberschlesien, Südostpreußen und Ermland sollten Volksabstimmungen die Zugehörigkeit der Gebiete zu Deutschland oder Polen festlegen. Dabei unterstützte Großbritannien den deutschen Standpunkt, daß eine Zuweisung der Gebiete an Polen der Wirtschaft Deutschlands und dem Wohlstand in diesen Gebieten selbst schweren Schaden zufügen würde, während Frankreich und auch Italien den polnischen Standpunkt vertraten, Polen müsse vom territorialen Umfang und von der Wirtschaftskapazität her so stark wie möglich gemacht werden⁴⁴. In der hohen Emotionalisierung, die der Entscheidung zur Volksabstimmung vorausging und auch folgte, versuchten die Polen durch eine heftige Propaganda und durch Aufstände die Entscheidung zu ihren Gunsten zu beeinflussen⁴⁵. Das interalliierte Kommando in Oberschlesien, aus französischen und italienischen Truppen und Offizieren bestehend, unterstützte den polnischen Standpunkt.

Die deutsche Seite reagierte ihren Möglichkeiten entsprechend. Die Re-

⁴³ Die Zahl der Polen in Deutschland beruht z.T. auf Schätzungen, weil die deutschen Statistiken naturgemäß nicht die polnischen Kriterien zugrunde legten: W. WRZESIŃSKI, *Polski Ruch narodowy w Niemczech 1922-1939* (Die polnische Nationalbewegung in Deutschland 1922-1939), Poznań 1970; auf S. 32 werden dort für 1922 1,65 Millionen Menschen polnischer Sprache in Deutschland genannt, wobei Oberschlesier, polnische Arbeiter im Ruhrgebiet und polnische Landbevölkerung im Osten gemeinsam erfaßt sind.

⁴⁴ Zur internationalen Diskussion vgl. P. S. WANDYCZ, *France*, cit., S. 29-48.

⁴⁵ Dabei unterstützte die polnische Regierung die Insurgenten, M. RIEKHOFF, *German-Polish Relations*, cit., Kap. II, besonders S. 43 f. Den polnischen Standpunkt bei P. DOBROWOLSKI, *Ugrupowania*, cit.

gierung in Berlin wirkte auf der internationalen Ebene besonders auf Großbritannien ein, daß die Abstimmungen unter geordneten Umständen ablaufen konnten — sie war sich eines Erfolges in ihrem Sinne ziemlich sicher. Die Menschen deutscher Sprache in Oberschlesien und die Autochthonen versuchten, sich der Welle von Einschüchterung, Terror und den Versprechungen gegenüber zu behaupten; und auf der inoffiziellen Ebene lieferte Deutschland Waffen und unterstützte den Einsatz von Freikorps aus dem Baltikum, die am Mißerfolg der polnischen Insurgenten unter Korfanty (Kampf um Annaberg, März 1921) den größten Anteil hatten ⁴⁶.

Die Abstimmungen brachten schließlich einen moralischen Triumph für die deutsche Seite, wobei die Polen ihre Enttäuschung mit dem Argument erklärten, daß der Krieg gegen Sowjetrußland und dessen für Polen nach Anfangserfolgen teilweise unglücklicher Verlauf den schwankenden Personen Deutschland als stabileres Heimatland empfohlen hätte. Jedenfalls stimmten im April 1920 in Ermland (Marienwerder) nur 7,6% (7.947 Personen) und in Südostpreußen (Allenstein) nur 2,2% (7.980 Personen) für eine Zuordnung ihres Gebietes an Polen ⁴⁷. Nach einem zweiten Aufstand unter Führung Korfantys erbrachte die Abstimmung in Oberschlesien am 20. März 1921 etwas kompliziertere Verhältnisse. Etwa 60% der Bevölkerung votierte für einen Anschluß an Deutschland, 40% für einen Anschluß an Polen ⁴⁸; ein großer Teil der autochthonen Schlesier polnischer Sprache hatte sich gegen Polen ausgesprochen. Allerdings konnte Polen darauf hinweisen, daß die Landbevölkerung im überwiegendem Maße für Polen gestimmt hatte und die Städte durch den Prozeß der Germanisierung in einem für Polen negativen Sinn beeinflußt worden waren ⁴⁹.

Weniger aufgrund dieser Volksentscheidung mit ihrem interpretierbaren Ergebnis als aufgrund von politischen Entscheidungen im Völkerbundsrat verkündete die Botschafterkonferenz am 20. Oktober 1921 die Teilung Oberschlesiens: Polen erhielt Ostoberschlesien mit etwa einem Viertel des Territoriums, auf dem 44% der Gesamtbevölkerung wohnte; Deutschland erhielt zwar den größeren territorialen Anteil, verlor aber auf wirtschaftlichem Gebiet; denn 4/5 der gesamten Kohle-

⁴⁶ H. RIEKHOFF, *German-Polish Relations*, cit., S. 47.

⁴⁷ *Ibidem*, S. 40.

⁴⁸ *Ibidem*, S. 41.

⁴⁹ H. ROOS, *Geschichte der polnischen Nation*, cit., S. 91.

produktion, 2/3 der Eisenproduktion und alle Zinkminen, die 80% der deutschen Zinkproduktion erwirtschaftet hatten, fielen an Polen⁵⁰. Trotz Proteste beider Seiten wurde am 15. Mai 1922 in Genf die Konvention über Oberschlesien unterzeichnet⁵¹.

Damit waren zwar die Grenzen zwischen Deutschland und Polen gezogen, aber geklärt war das Problem noch lange nicht. Beide Seiten waren über die erreichte Lösung empört; die Polen hatten viel mehr erwartet, und die Deutschen hätten lieber viel weniger, am liebsten gar nichts abgetreten. Die offizielle Politik der Weimarer Republik Polen gegenüber ist dann die ganze Zeit, bis Hitler 1934 den überraschenden Umschwung brachte, dadurch bestimmt worden, daß Polen als Feind Nr. 1 galt. Der Chef der Obersten Heeresleitung, General von Seeckt, hat diese Einstellung in einer Denkschrift vom 11. September 1922 unübertrefflich zum Ausdruck gebracht: «Polens Existenz ist unerträglich, unvereinbar mit den Lebensbedingungen Deutschlands. Es muß verschwinden und wird verschwinden, durch eigene, innere Schwäche und durch Rußland — mit unserer Hilfe»⁵². Diese Kontakte zu Rußland waren 1922, schon vor dem Rapallo-Vertrag vom April diesen Jahres, bereits geknüpft, indem deutsche Truppen entgegen dem Verbot des Versailler Vertrages in Rußland übten. In der Folge gab es zahlreiche Kontakte zwischen Berlin und Moskau, um die gemeinsame antipolnische Politik zu koordinieren⁵³. Denn auch Sowjetrußland hatte an Polen viele Gebiete verloren, als nach dem Krieg von 1920 im Frieden von Riga die Grenze weit östlich der ethnisch-polnischen Grenze — die etwa der Curzon-Line entsprach — gezogen wurde und fast 10 Millionen Menschen russischer Sprache (in den ukrainischen und weißrussischen Dialekten) an Polen kamen⁵⁴.

Nach den Entscheidungen über die Grenzen lassen sich die deutsch-polnischen politischen Beziehungen als kühl und feindselig bezeichnen. Die

⁵⁰ H. RIEKHOFF, *German-Polish Relations*, cit., S. 48.

⁵¹ Text bei G. KAECKENBEECK, *The International Experiment of Upper Silesia. A Study of the Working of the Upper Silesian Settlement, 1922-1937*, London 1942, S. 572-859.

⁵² *Mißtrauische Nachbarn. Deutsche Ostpolitik 1919-1970. Dokumentation und Analyse*, herausgegeben von H. A. JACOBSEN unter Mitwirkung von W. VON BREDOW, Düsseldorf 1970, S. 33.

⁵³ H. RIEKHOFF, *German-Polish Relations*, cit., Kap. IV, S. 71-89.

⁵⁴ J. KUMANIECKI, *Po traktacie ryskim. Stosunki polsko-radzieckie 1921-1923* (Nach dem Vertrag von Riga. Die Polnisch-sowjetischen Beziehungen 1921-1923), Warszawa 1971.

Polenfeindschaft artikuliert sich wortstark in der Tagespresse und in der Publizistik, und es stellte keine Erleichterung dar, daß die Stimmung auf polnischer Seite ähnlich war⁵⁵. Deutschland war aber der wirtschaftlich mächtigere der beiden Kontrahenten, und sobald die Verpflichtungen zur Abnahme polnischer Kohle, die in Versailles festgelegt worden waren, ausgelaufen waren, begann Deutschland einen Wirtschafts- und Handelsboykott gegenüber Polen, um die sowieso schon immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Polens noch weiter zu steigern und den Zusammenbruch des «Saisonstaates» zu fördern⁵⁶. Die Politik gegenüber der deutschen Minderheit folgte der offiziellen deutschen Außenpolitik. Auf diplomatischen Kanälen geschah so gut wie nichts, um den Polen keinen Anlaß zu Beschwerden zu liefern. Auf der internationalen Ebene versuchte das Deutsche Reich jedoch, Polen nach Kräften in Schwierigkeiten zu bringen und ihm Verletzungen der Minderheitenschutzbestimmungen nachzuweisen.

Wichtiger war hier indes die inoffizielle Politik des Auswärtigen Amtes in Berlin. Unter dem Deckmantel privater Vereine, der «Deutschen Stiftung», wirtschaftlicher Organisationen (OSSA) und Handelsbanken unter deutscher Kontrolle (Hollandsche Buitenland Bank) transferierten die deutschen Reichsstellen auf vielen Kanälen Hilfgelder nach Polen⁵⁷. Diese Hilfen hatten indes weniger das Ziel, den dort wohnenden Deutschen ihre schwierige Lage zu erleichtern — an der Inflation und dem Wirtschaftschaos in Polen litten ja nicht nur die Deutschen —, sondern sie verfolgten die erklärte Absicht, möglichst viele Deutsche in Polen in möglichst einflußreichen Positionen und auf möglichst viel Land zu halten, sie von einer Abwanderung in das Reich abzuhalten, um so ständig die Notwendigkeit einer Revision der «Unrechtsgrenze» betonen zu können. Auf diese Weise erreichte das Auswärtige Amt auf unsichtbare Weise eine Gleichschaltung der verschiedenen Deutschtumsorganisationen und ihre Verwendbarkeit im Sinne der Reichspolitik. Allerdings erwies sich der Zwang zur strengen Geheimhaltung als zweischneidige Sache: das Auswärtige Amt wurde erpreßbar von den Mitwissern und mußte manchen bankrotten Großgrundbesitzer unterstützen und mancher zwielichtigen Gestalt das Schweigen über

⁵⁵ F. GOLCZEWSKI, *Das Deutschlandbild der Polen 1918-1939. Eine Untersuchung der Historiographie und der Publizistik*, Düsseldorf 1974.

⁵⁶ B. RATYŃSKA, *Stosunki polsko-niemieckie w okresie wojny gospodarczej 1914-1930* (Die polnisch-deutschen Beziehungen im Wirtschaftskrieg 1914-1930), Warszawa 1968.

⁵⁷ Ausführlich hierzu N. KREKELER, *Revisionsanspruch*, cit.

die komplizierten Zusammenhänge abkaufen. Dennoch waren die z.T. beträchtlichen Aufwendungen⁵⁸ von wenig Erfolg gekrönt, denn in einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes von 1930 wird festgehalten, daß trotz zahlreicher Hilfen «von 1918 bis 1926 aus den an Polen abgetretenen Gebieten rund 900.000 Deutsche abwanderten oder assimiliert wurden (von etwa 1 1/4 Millionen) . . . »⁵⁹.

Während also die offizielle Politik des Deutschen Reiches gegenüber den Deutschen in Polen durch Kühle und Schweigsamkeit bestimmt war und sich auf lautstarke Propaganda im Reich selbst beschränkte, ist auf der inoffiziellen Ebene eine kräftige Förderung des Kulturlebens, der Schulen, der Vereine, der Wirtschaft einzelner Unternehmer und Großgrundbesitzer zu verzeichnen⁶⁰. Festzuhalten gilt jedoch, daß dies nicht aus Menschenfreundlichkeit gegenüber «unterdrückten Konnationalen» geschah, sondern aus politischen Erwägungen, die Deutschen in ihrem Deutschtum zu bestärken, sie dafür zu bezahlen, damit sie bei den Forderungen nach einer Grenzrevision als Trumpf ausgespielt werden konnten⁶¹. Daraus folgt, daß bei Verknappung der Mittel infolge der Wirtschaftskrise besonders jene Deutsche gefördert wurden, die im kritischen Westpreußen, dem Korridor, ansässig waren⁶².

Eine vergleichbare Situation ist für die Deutschen in der Tschechoslowakei nicht aufzuzeigen. Zwar hatte Deutschland im Versailler Vertrag das kleine Hultschiner Ländchen an den neuen Staat abtreten müssen und zwar beweisen einige stattlichen Aktenbände im Archiv des Auswärtigen Amtes das Interesse an den dortigen Lebensumständen, aber das kleine Hultschiner Ländchen ist in den Beziehungen zwischen Berlin und Prag kein Streitpunkt gewesen⁶³. Für das Verhältnis zwischen der Weimarer Republik und den Deutschböhmen ist auf der diplomatischen Ebene keine besondere Unterstützung der Minderheit festzu-

⁵⁸ Für 1928 konnte die OSSA z.B. über 63,8 Millionen Reichsmark verfügen, KREKELER, *Ibidem*, S. 113.

⁵⁹ *Ibidem*, S. 119.

⁶⁰ Von den Deutschen in Polen, die diese Zusammenhänge nicht durchschauten, wurde dagegen immer wieder die mangelnde Unterstützung durch Berlin beklagt, N. KREKELER, *Revisionsanspruch*, cit., *passim*.

⁶¹ *Ibidem*, z.B., S. 109, 123, 143.

⁶² So für 1931, *Ibidem*, S. 136.

⁶³ S. DOLEZEL, *Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen von ihren Anfängen bis zum Ausgang der Ära Stresemann (1918-1929)*, in *Die demokratisch-parlamentarische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik*, S. 225-246, hier S. 227.

stellen; die Verhältnisse waren komplizierter. Einmal suchten die Deutschböhmen eine politische Rückendeckung in Berlin, um in ihrem «Volkstumskampf» den Tschechen gewissermaßen mit dem «großen Bruder» drohen zu können, sie suchten insbesondere in der kritischen Phase 1925/26, als einige der deutschen Parteien sich zu einer Zusammenarbeit mit den Tschechen entschlossen, um Unterstützung in Berlin nach, um ihren Wählern gegenüber ihre eigene Entscheidung als von Berlin suggeriert darstellen zu können⁶⁴. Solchen Bestrebungen gegenüber war die Haltung der deutschen Regierung ziemlich kühl. Während die reichsdeutsche Presse die lautstarken Klagen der Deutschböhmen wiedergab, orientierte sich die deutsche Politik am Gesamtstaat der Tschechoslowakei. Der Generalkonsul von Gebstätt hatte 1918, ohne eine Anweisung aus Berlin abzuwarten, den neuen Staat von sich aus anerkannt. Wenn diese Beziehung auch bald versandete⁶⁵, so orientierten sich die deutschen Gesandten, Prof. Dr. Saenger (ab Frühjahr 1920) und Dr. Walter Koch (ab Oktober 1921) an den Interessen der staatlichen Beziehungen. Beide Gesandten hatten zu den Deutschböhmen ein gespanntes Verhältnis⁶⁶. Von Koch gibt es den Satz in den Akten, daß das Land Böhmen zwar schön, die Menschen dort aber wenig erfreulich seien^{66a}. Dies bezog sich nicht auf billige persönliche Vorurteile, sondern war Ausfluß der Verärgerung über die Politik der deutschböhmischen Politiker, die einerseits Maximalforderungen an die Tschechen richteten, sich andererseits untereinander im Parteienstreit bekämpften⁶⁷. Koch sprach dann auch von einem «bodenlosen Augiasstall» der deutschböhmischen Politik⁶⁸, vom mangelnden politischen Verständnis der Prager Provinzpolitiker, und er hielt den vielen klagenden

⁶⁴ M. ALEXANDER, *Der deutsch-tschechoslowakische Schiedsvertrag von 1925 im Rahmen der Locarno-Verträge* (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum, 24), München-Wien 1970, S. 191 ff.

⁶⁵ S. DOLEŽEL, *Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen*, cit., P. BURIAN, *Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen*, in *Politische Ideologien und nationalstaatliche Ordnung. Festschrift für Theodor Schieder*, München-Wien 1968, S. 359-376.

⁶⁶ Vgl. den großen Bericht Saengers vom 18.VII.1921, *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn*, Po 6,3 Tschechoslowakei. Diese die Innenpolitik der Tschechoslowakei behandelnden Berichte der deutschen Gesandten in Prag sollen demnächst in einer Aktenpublikation einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

^{66a} P. BURIAN, *Deutsch-tschechoslowakische Beziehungen*, cit., S. 371.

⁶⁷ Vgl. den Bericht Kochs vom 29.X.1925, Auszug M. ALEXANDER, *Schiedsvertrag*, cit., S. 146-147.

⁶⁸ Bericht vom 20.III.1926, vgl. M. ALEXANDER, *Schiedsvertrag*, cit., S. 194.

entgegen: «Tschechisch lernen und deutsch bleiben»⁶⁹. Nun war dies zweifellos leichter gesagt als getan; aber Koch, der mit einer Tschechin verheiratet war und selbst tschechisch verstand, konnte diesen Rat mit einiger Berechtigung geben. Was unter diesen Umständen nötig gewesen wäre, war leider nicht vergönnt: eine Generation Zeit für die Deutschböhmen, um sich auf die neuen Verhältnisse einzustellen⁷⁰.

Auf der internationalen Ebene ist die paradoxe Situation zu bemerken, daß nicht so sehr Berlin den Deutschböhmen half, sondern daß diese, ohne es recht einzuschätzen, Deutschland halfen. Dies betraf einmal die Interessen des Gesamtstaates der Tschechoslowakei, die 35% ihres Außenhandels mit Deutschland abwickelte; dies betraf die Reparationen, die Deutschland leisten mußte, wodurch seine Wirtschaftskraft und sein Handel mit Prag geschwächt wurden — außerdem hatte auch die Tschechoslowakei erhebliche Kriegslasten zu tragen⁷¹ —; dies betraf auch die Inflation in Deutschland, die in abgeschwächter Form auch die Tschechoslowakei erfaßte, jedenfalls aber den Warenaustausch zeitweise fast zum Erliegen brachte⁷². Wirtschaftlich war die Tschechoslowakei ein Verbündeter des unterlegenen Deutschland, politisch war sie ein Allianzpartner des siegreichen Frankreich. Gerade in dieser Allianz mit Frankreich aber war die Tschechoslowakei kein verlässlicher Faktor, denn die große deutsche Minderheit im Lande — und auch in der Armee — machte eine aggressive Politik gegen Deutschland unmöglich, wollte Prag nicht einen Aufstand der Deutschen im

⁶⁹ Bericht vom 21.II.1926, vgl. M. ALEXANDER, *Schiedsvertrag*, cit., S. 190.

⁷⁰ Für die informellen Hilfen auf Vereinsebene oder durch staatliche Stellen, die hier zur Vermeidung von Überschneidungen ausgeklammert bleiben, R. JAWORSKI, *Vorposten*, cit., und den Beitrag im vorliegenden Band. Diese Seite arbeitet auch heraus: G. FUCHS, *Die sudetendeutsche Irredenta in der Revanchepolitik des deutschen Imperialismus (1919-1923)*, in «Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas», XVII 1, Berlin (O) 1973, S. 33-59; und *Der Imperialismus der Weimarer Republik und die Lebensinteressen des tschechischen und slowakischen Volkes*, in «Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas», XVIII 2, Berlin (O) 1974, S. 9-31. (auch tschechisch erschienen in ČSCH 22, 1974, 361-384).

⁷¹ Die ČSR hatte eine sogenannte «Befreiungstaxe» zu bezahlen, außerdem anteilig die Schulden aus der österreichisch-ungarischen Monarchie (jedoch nicht mehr als 50% dieser Schulden, wie im Vertrag von St. Germain festgelegt). In der amerikanischen Kreditgewährung wurde das Problem der Reparationen immer im Zusammenhang mit den interalliierten Schulden gesehen.

⁷² Zur Lage der Wirtschaft: J. KOSTA, *Die sozioökonomische Entwicklung der ČSR. Wirtschaftliche und soziale Probleme*, in *Die demokratische Struktur der Ersten Tschechoslowakischen Republik*, cit., S. 7-33; A. TEJCHOVÁ, *An Economic Background to Munich. International Business and Czechoslovakia. 1918-1938*, Cambridge 1974.

eigenen Lande riskieren⁷³. Hier liegt der Grund für die rührige und zugleich zurückhaltende Politik des Tschechoslowakischen Außenministers Beneš im Völkerbund und in der internationalen Politik jener Jahre⁷⁴. Prag wurde so zu einem informellen Fürsprecher für die Interessen der Weimarer Republik, deren Politiker diesen Trumpf nach außen hin zwar nicht betonten, nach innen aber, trotz einer gewissen Herablassung gegenüber Beneš, schätzten.

Als nach dem Locarno-Vertrag 1925 die Vertreter der beiden deutsch-böhmischen Richtungen — der «Negativisten», die eine Zusammenarbeit mit den Tschechen ablehnten, und der «Aktivisten», die eine Zusammenarbeit mit den entsprechenden tschechischen Bruderparteien befürworteten — in Berlin um Unterstützung nachsuchten, verfuhr der Außenminister Stresemann auf zweierlei Art⁷⁵. Den Politikern der Deutschböhmen wurde erklärt: Ihr müßt eure Probleme in der Tschechoslowakei selbst lösen und versteckt euch nicht hinter Berlin; im übrigen ließ sich Stresemann mit Beneš auf Gespräche über die Gravamina der Deutschböhmen ein, mußte jedoch rasch feststellen, daß exakte statistische Unterlagen nicht vorgebracht werden konnten und die Tschechen ihrerseits Zahlen vorlegten, die die Lage der Deutschböhmen — besonders im Schulwesen — als besser darstellten als die deutscher Kinder in der Weimarer Republik⁷⁶.

Als Fazit können wir festhalten, daß die deutschen Regierungen sich weitgehend der politischen Einmischung in die deutschböhmischen Belange enthielten (mit der Einschränkung der inoffiziellen Volkstumspolitik), auf eine Mäßigung der deutschböhmischen Politiker hinwirkten und das prekäre Gleichgewicht der Tschechoslowakei im Interesse der deutschen Außenpolitik zu nutzen verstanden. Auf Seiten der Tschechoslowakei waren die «korrekten» Beziehungen zu Deutschland allmählich einer freundlicheren Einstellung gewichen, die auf dem Bewußtsein einer «Schicksalsgemeinschaft»⁷⁷ beruhten.

⁷³ Solche Befürchtungen kamen beim Rückkehrversuch Karl II. nach Ungarn auf; vgl. M. ALEXANDER, *Die Tschechoslowakei und die Probleme der Ruhrbesetzung 1923*, in «Bohemia», XII, 1971, 297-336, hier S. 312 und 331; und *Zur Reise von Marschall Foch nach Warschau und Prag im Frühjahr 1923*, in «Bohemia», XIV, 1973, 289-319.

⁷⁴ Dazu ausführlicher M. ALEXANDER, *Das Scheitern von Benešs Vermittlungsdiplomatie*, cit.

⁷⁵ M. ALEXANDER, *Schiedsvertrag*, cit., S. 181, 191-195.

⁷⁶ *Ibidem*, S. 142, 182 ff.

⁷⁷ M. ALEXANDER, *Das Scheitern*, cit., S. 232; dagegen die Thesen von F.G. CAMPBELL, *Confrontation in Central Europe*, cit.

4. Die internationale Einbettung der deutschen Politik gegenüber den deutschen Minderheiten

Die tatsächliche Minderheitenpolitik der Weimarer Republik muß immer im Zusammenhang der politischen Möglichkeiten des Staates gesehen werden, die durch den ständigen Konflikt mit Frankreich eingeengt waren. Ehe dieser Konflikt nicht bereinigt war, standen alle Fragen im Schatten größerer Probleme: die Rheinlandbesetzung, die Gefahr der Abtrennung des Rheinlandes, die Ruhrbesetzung, das Reparationsproblem — von Paris als wirtschaftliches Instrument zur Niederhaltung Deutschlands verstanden —, und schließlich die katastrophale Inflation im Jahre 1923. Frankreich stützte sich insbesondere auf das Bündnis mit Polen, dem es in der Zeit größter Gefahr geholfen hatte, gegenüber den vordringenden sowjetischen Truppen das «Wunder an der Weichsel» zu vollbringen und Warschau zu retten⁷⁸. Polen sah in Frankreich den einzigen verlässlichen Verbündeten, ging aber nicht so weit, den französischen Plänen bedingungslos zu folgen⁷⁹. Noch verhaltener war die Unterstützung Prags für Paris, die oft nur verbal blieb und die Bindungen an Deutschland im Blick behielt. Erst als Beneš das Ausbalancieren zwischen Paris und London nicht mehr gelang, mußte er ganz auf die französische Karte setzen, nicht ohne dem von Frankreich geforderten Freundschaftsvertrag vom 25. Januar 1924 vorher alle politischen Zähne gezogen zu haben⁸⁰. Prag war für Paris kein bequemer Partner, sofern und soweit es eine gegen Deutschland gerichtete Politik betraf; dies war im Verlauf des Jahres 1923 ganz klar geworden.

Unter diesen politischen Bedingungen befand sich die deutsche Regierung stets in der Defensive und mußte in ihrer Politik gegenüber den deutschen Minderheiten sorgfältig darauf achten, der gegnerischen Seite nicht zusätzliche Argumente zu liefern. Erst als Frankreich im Ruhr-

⁷⁸ Der Streit über den Anteil der französischen Offiziere unter General Weygand am polnischen Erfolg gehört in den Bereich der polnischen Innenpolitik: die Gegner Piłsudskis betonten den französischen Anteil, die Anhänger Piłsudskis spielten ihn hingegen herunter, um die Leistung des Marschalls umso höher zu bewerten. Zum Stabe Weygands gehörte damals als junger Oberst Charles de Gaulle.

⁷⁹ Als Marschall Foch im Frühjahr 1923 Unterstützung im Ruhrkonflikt suchte und einen Vormarsch polnischer Truppen auf Berlin suggerierte, lehnte Piłsudski ab, M. ALEXANDER, *Zur Reise*, cit., S. 305 ff.

⁸⁰ M. ALEXANDER, *Das Scheitern*, cit.

konflikt gesiegt hatte und als Ergebnis dieses Pyrrhus-Sieges feststellte, in noch größere Abhängigkeit von den angelsächsischen Mächten geraten zu sein, begann sich europäische Politik zu verändern. Großbritannien versuchte im Jahre 1924, die alte Politik des *balance of powers* vorsichtig wieder aufleben zu lassen. Der Spruch amerikanischer Experten der Dawes-Kommission schuf 1924 mit einer — absurd hohen — Festlegung der Reparationsschulden Deutschlands die Vorbedingung für die internationale Kreditwürdigkeit Deutschlands, die die Voraussetzung für eine allmähliche Stabilisierung wurde. Somit ergab sich für Großbritannien die Möglichkeit, Deutschland wieder in den Kreis der europäischen Staaten zurückzuführen, damit es nicht als ein zweites Panama — neben der Sowjetunion — in eine unkontrollierbare Radikalität abgleite.

Der englische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, sondierte Ende 1924 die Möglichkeiten, ob die deutsche Regierung Frankreich in der Frage seiner Sicherheitsbedürfnisse entgegenkommen könnte, und das Ergebnis war am 9. Februar 1925 der deutsche Vorschlag einer Regelung der Sicherheitsfrage in Europa. Nach langen Verhandlungen erwuchs aus diesem Vorschlag der Vertrag von Locarno vom 16. Oktober 1925, in dem die deutsch-französische und die deutsch-belgische Grenze von Deutschland anerkannt und durch internationale Garantien gesichert wurde. Damit hatte Großbritannien sein Versprechen von 1919 nachträglich erfüllt, aber durch die Einbeziehung Deutschlands der Regelung wesentlich mehr Stabilität gegeben.

Diese Stabilität betraf aber nur die Westgrenzen Deutschlands. In den Verhandlungen des Jahres 1925 hatte Stresemann ausdrücklich betont, daß Deutschland eine ähnliche Garantie wie im Westen gegenüber Polen und der Tschechoslowakei nie aussprechen werde, weil sich keine deutsche Regierung bereitfinden würde, auf den Anspruch einer Revision der deutsch-polnischen Grenze zu verzichten. Deutschland hatte mit Locarno den Anspruch auf Elsaß-Lothringen endgültig aufgegeben, wobei zu bemerken ist, daß es überhaupt keine Chance gegeben hatte, diesen Anspruch jemals zu realisieren. Indem Berlin aber den Anspruch auf die an Polen abgetretenen Gebiete aufrecht erhielt, obgleich die Polen einer solchen Revision niemals zugestimmt hätten, erklärte es sich *de facto* als in einem latenten Kriegszustand mit Polen befindlich. Diese Formulierung mag überspitzt sein, verdeutlicht aber den Sachverhalt, wie er von Warschau aus gesehen wurde. Erst vor diesem Hintergrund wird die Enttäuschung der Polen verständlich, als sie ihre eige-

nen Interessen von ihrem Verbündeten Frankreich hintangesetzt sahen, der für die Erreichung der eigenen Sicherheit die ständige Verunsicherung seines Bündnispartners in Kauf nahm. Die Tschechoslowakei spielte in den vorbereitenden Gesprächen des Jahres 1924 nur eine untergeordnete Rolle; denn Berlin hatte in Prag schon frühzeitig signalisiert, daß es mit den Tschechen keine Konflikte gäbe, daß aber eine Grenzsicherung mit der Tschechoslowakei nicht in Betracht komme, um die deutsche Haltung Polen gegenüber nicht unhaltbar werden zu lassen. Im Interesse seines französischen Verbündeten mußten sich die Tschechen in dieses Junktim schicken, und sie erduldeten in Locarno dieselbe Zurücksetzung wie die Polen⁸¹. Frankreich hatte nur ein Trostpflaster bereit, indem es in einem Zusatzprotokoll die bestehenden Verträge mit Polen und der Tschechoslowakei noch einmal bekräftigte, was angesichts der Tatsache, daß Deutschland dieses Abkommen nicht zur Kenntnis nahm, nur eine leere Deklaration blieb⁸².

Bezogen auf die Minderheitenpolitik der Weimarer Republik bedeutete Locarno zweierlei: in Bezug auf Polen das Offenhalten der Grenzfrage mit dem Ziel der Revision der Grenzen, was für die deutsche Minderheit in Polen weiterhin die Rolle eines politischen Pfandes bedeutete; für die Deutschböhmen in der Tschechoslowakei bedeutete es hingegen, daß alle Vorstellungen, das «Reich» würde ihnen helfen, endgültig abgeschrieben werden mußten. Die Deutschböhmen verstanden den Locarno-Vertrag als definitive Anerkennung ihrer Zugehörigkeit zum tschechoslowakischen Staat, und sie zogen in ihrer Mehrheit daraus den Schluß, sich in diesem Staate einzurichten. Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis war der Eintritt deutscher Minister in die Regierung der Tschechoslowakei, nachdem sich im Frühjahr 1926 eine Zu-

⁸¹ M. ALEXANDER, *Schiedsvertrag* cit.; W. BALCERAK, *Polityka zagraniczna Polski w dobie Locarna* (Die Außenpolitik Polens in der Zeit Locarnos), Wrocław-Warszawa-Kraków 1967. An diesem Beispiel wird einmal mehr die Machtlosigkeit von kleinen Staaten und Völkern offenkundig, die bei Gelegenheit von den Großmächten zu Opfern gezwungen werden.

⁸² Text P. S. WANDYCZ, *France*, cit., S. 401 f. Der erste Grenzvertrag zwischen Polen und dem Deutschen Reich bzw. dessen Rechtsnachfolger der Bundesrepublik Deutschland überhaupt wurde erst beim Besuch des Bundeskanzlers Willy Brandt in Warschau unterzeichnet. Und wenn es sich dabei auch nicht um eine Grenzankennung handelt, so ist die Kenntnisnahme der Grenze an Oder und Neiße und die «Bereitschaft zur uneingeschränkten Achtung» doch schon ein Fortschritt. Vgl. Die Verträge der Bundesrepublik Deutschland mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 12. August 1970 und mit der Volksrepublik Polen vom 7. Dezember 1970, *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung*, S. 156.

sammenarbeit von agrarischen und christlich-sozialen Parteien beider Sprachgruppen angebahnt hatte. Seither gab es in der Prager Regierung deutsche Minister, bis der Staat durch Hitler von außen zerschlagen wurde; in den Händen dieser deutschen Minister lag nun die Aufgabe, für ihre Landsleute in der Tschechoslowakei zu sprechen⁸³. Hätte nicht die Weltwirtschaftskrise den Staat hart getroffen und in ihrem Verlauf besonders der deutschen Industrie schwer geschadet, dann hätte aus dieser Zusammenarbeit eine echte Aussöhnung von Tschechen und Deutschen erwachsen können.

Die deutsche Regierung nahm nach Locarno auf zweierlei Weise Einfluß auf die Belange der Deutschböhmen. Zunächst ließ sich Stresemann auf direkte Gespräche mit Beneš ein, um die Gravamina der Deutschen vorzutragen⁸⁴. Angesichts der besseren Zahlen der Tschechen wurden diese Gespräche Anfang 1926 rasch wieder gestoppt. Außerdem mußte eine deutsche Intervention in Fragen der Minderheit eines anderen Staates diesem die Möglichkeit geben, seinerseits nach den Lebensbedingungen der Minderheiten in Deutschland zu fragen. In Bezug auf die Lausitzer Sorben, die mit etwa 120.000 Personen südlich von Berlin als Rest der vormals slavischen Bevölkerung zwischen Elbe und Oder lebten, hatte die deutsche Regierung aber kein so gutes Gewissen wie die Tschechen mit ihrer Politik gegenüber den Deutschböhmen⁸⁵. Zum anderen konnte Deutschland, als es im Herbst 1926 endlich dem Völkerbund beitrug, dort auf internationaler Ebene die Interessen von deutschen Minderheiten vertreten. Allerdings ist bei diesen Appellen an direkter Hilfe für die Deutschböhmen nicht sonderlich viel herausgekommen⁸⁶.

⁸³ Im Kabinett Švehla (1926-1929) waren die Deutschen Mayr-Harting (Christlich-Sozialer) für die Justiz und Prof. Spina (Agrarier, BdL) für öffentliche Arbeiten zuständig. Später trat an die Stelle von Mayr-Harting der Führer der deutschen Sozialdemokraten Ludwig Czech, vgl. J. W. BRÜGEL, *Tschechen und Deutsche*, cit., S. 175-197.

⁸⁴ S. Anm. 76.

⁸⁵ J. BLÜTHGEN, *Die Lausitzer Wenden im geographischen und historischen Kräftefeld*, in *Festschrift für Ernst Schwarz*, in «Jahrbuch für fränkische Landesforschung», XXI, 1961, 391-424; M. BROZAT, *Außen- und innenpolitische Aspekte der preußisch-deutschen Minderheitenpolitik in der Ära Stresemann*, in *Politische Ideologien*, cit., S. 393-445; G. STONE, *The Smallest Slavonic Nation. The Sorbs of Lusatia*, Bristol 1972; *Die Slawen in Deutschland. Geschichte und Kultur der slavischen Stämme westlich von Oder und Neisse vom 6. bis zum 12. Jahrhundert. Ein Handbuch*, herausgegeben von J. HERRMANN, Berlin (O) 1970 (für die Wenden ist die Darstellung bis in die Gegenwart fortgesetzt).

⁸⁶ B. SCHMID-EGGER, *Völkerbund und Sudetendeutsche, 1920-1926*, in *Ein Leben* —

Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß die deutschen Regierungen bis 1926 auf der Ebene der internationalen Politik in Fragen der deutschen Minderheiten in Polen und in der Tschechoslowakei sehr zurückhaltend waren, weil andere Interessen vorrangig behandelt wurden. Auf der inoffiziellen Ebene können wir für die Deutschböhmen finanzielle Hilfe privater oder halboffizieller Vereine feststellen, die aber nicht zu einer wesentlichen Stärkung des an sich schon starken Deutschtums in der Tschechoslowakei geeignet war; in Bezug auf die Deutschen in Polen stand die inoffizielle deutsche Minderheitenpolitik ganz im Schatten der Revisionspolitik und wurde als Verlängerung der Außenpolitik betrachtet.

Zum Abschluß soll aber noch hervorgehoben werden, daß sich die Hauptinteressen der deutschen Politik und der Öffentlichkeit in diesen Jahren auf eine ganz andere Gruppe von Deutschen außerhalb Deutschlands richtete, deren «Befreiung» Vorrang vor allen anderen Auslandsdeutschen hatte: Österreich⁸⁷.

drei Epochen. Festschrift für Hans Schütz zum 70. Geburtstag, im Auftrag der Ackermann-Gemeinde herausgegeben und eingeleitet von H. GLASL-O. PUSTEJOVSKY, München 1971, S. 385-415; P. BURIAN, *Die Tschechoslowakei als Mitglied des Völkerbundes, in Gleichgewicht — Revision — Restauration. Die Außenpolitik der Ersten Tschechoslowakischen Republik im Europasystem der Pariser Vorortverträge*, hrsg. K. BOSL, München-Wien 1976, S. 183-200.

⁸⁷ J. KOZEŃSKI, *Sprawa przyłączenia Austrii do Niemiec po I wojnie światowej 1918-1922* (Das Problem des Anschlusses Österreichs an Deutschland nach dem ersten Weltkrieg), Poznań 1967.

